



TOP VI Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Titel: Moderne Kommunikation im Gesundheitswesen entwickeln - das politische Projekt "Elektronische Gesundheitskarte" aufgeben

Entschließungsantrag

Von: Dr. Axel Brunngraber als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen
Dr. Günther Jonitz als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer
Wieland Dietrich als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein
Christa Bartels als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Susanne Blessing als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Hans Ramm als Delegierter der Ärztekammer Hamburg
Dr. Wolfgang Wesiack als Delegierter der Ärztekammer Hamburg
Dr. Christian Sellschopp als Delegierter der Ärztekammer Schleswig-Holstein
Fritz Stagge als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Siegfried Stephan als Delegierter der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz
Dr. Roland Freßle als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Udo Schulte als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Bärbel Thiel als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Ullrich Mohr als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Anne Gräfin Vitzthum als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Klaus Reinhardt als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Dr. Norbert Metke als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Stephan Roder als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Angelika Haus als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Christiane Friedländer als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Henning Förster als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
PD Dr. Andreas Scholz als Delegierter der Landesärztekammer Hessen
Dr. Thomas Kajdi als Delegierter der Ärztekammer des Saarlandes
Martin Grauduszus als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Ulf Burmeister als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Das politische Projekt "Elektronische Gesundheitskarte" (eGK) ist gescheitert. Der gigantomanische Anspruch, durch eine flächendeckende Elektronifizierung der Patientenversorgung unter der Führung der Krankenkassen sowohl transparente Patienten als auch transparente Ärzte herzustellen, widerspricht elementaren ärztlichen

Angenommen: ☒ Abgelehnt: ☐ Vorstandsüberweisung: ☐ Entfallen: ☐ Zurückgezogen: ☐ Nichtbefassung: ☐

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Grundwerten.

Die Vertraulichkeit der Patientenbeziehung ist genauso durch dieses politische Projekt bedroht wie die ärztliche Therapiefreiheit. Der derzeitige Nutzen liegt bei einigen Wenigen, bei Kontrollinteressen von Kassen und Politik und der nach neuen Märkten suchenden Industrie. Der Schaden sowie der Aufwand bleiben bei Versicherten, bei Ärztinnen und Ärzten in Klinik und Praxis und bei medizinischem Personal. Aus diesem Grund fordert der 115. Deutsche Ärztetag einen Stopp des Projektes und die Förderung längst existierender kostengünstiger dezentraler Kommunikationswege und Speichermedien in der Medizin.

Begründung:

Die eGK-Tests sind in allen Aspekten gescheitert. Mehrfache Versuche des "Neustarts" ziehen sich seit sechs Jahren hin, haben bisher schon Milliarden verschlungen und verdienen keine weiteren Wiederholungen.

Die Verwandlung von Arztpraxen und Klinikambulanzen in Online-Außenstellen der Kassen für das verpflichtende Versicherten-Stammdatenmanagement (VSDM) in Arztpraxen und Kliniken wird von der Ärzteschaft bundesweit abgelehnt.

Das ganze eGK-Projekt behindert seit Jahren eine fortschrittliche Weiterentwicklung der Kommunikation im Gesundheitswesen. Die veraltete "Kartentechnologie" stammt aus den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts und hat sich in den Tests als wahres Hindernis für Praktikabilität erwiesen.

Gelder in Kliniken und Praxen sollten investiert werden in moderne Datenhaltung und deren Schutz vor Ort. Des Weiteren benötigt man für die elektronische ärztliche Kommunikation verschlüsselte Mails, VPN-Leitungen und sichere dezentrale Speichermedien in der Hand des Patienten. All dies ist ebenso für einen geringen finanziellen Mitteleinsatz vorhanden wie die elektronische Signatur.

Grundsätzlich abzulehnen ist jede Form des Sammelns medizinischer Daten einer großen Anzahl von Menschen in zentralen Serverstrukturen. Dieses dient wie das ganze Projekt insgesamt nur der Kontrollfähigkeit aller medizinischen Prozesse im Sinne einer möglichst renditebringenden "Krankenbehandlung" im Interesse von Gesundheitskonzernen. Niemand kann solche Daten auf Dauer schützen.